

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB,
Vizepräsidentin des Deut-
schen Bundestages, plä-
diert für eine "innere
Wende" der SPD: Die Partei
muß ihre alten Tugenden
neu entdecken.

Seite 1

Dr. Helmut Rothemund MdL,
Vorsitzender der bayeri-
schen SPD, zum Mißbrauch
des Bundesrats als Blocka-
de-Instrument: Verstoß
gegen das Grundgesetz.

Seite 3

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdEP, analysiert nach
einer Informationsreise
die Situation in Mittel-
amerika: USA verschärfen
die Konflikte.

Seite 5

Hans Wallow MdB, fordert
eine breite bildungspoli-
tische Diskussion: Hoch-
schulkapazitäten besser
nutzen.

Seite 7

37. Jahrgang / 144

2. August 1982

Für eine "innere Wende" der SPD

Die Partei muß ihre alten Tugenden neu entdecken

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Seit der Bundestagswahl 1980 ist die Sozialdemokratische Partei von soviel Gesundbetern zerredet worden, daß sie darüber zum eingebildeten Kranken geworden ist. Das törichte Wort wird kolportiert, die Partei müsse von Grund auf neu anfangen - als ob wir in der Situation von 1945 stünden.

Ich halte nichts von derartigen panischen Kopflosigkeit, die angesichts der verlorenen Gemeinde- und Landtagswahlen einen Kleinmut zeigen, der den Belastungen unangemessen ist, die die SPD in ihrer 110jährigen Geschichte ertragen und überwunden hat. Kurt Biedenkopf - zwei Welten ach! in seiner Brust - ist nicht der erste, der die SPD angesichts einer neuen Zeit totgesagt und sich darin geirrt hat. Gerade aus den teilweise wüsten Ausfällen von Konservativen gegen den Sozialstaat und seine hartnäckigen Verteidiger kann die SPD schließen, welche Kraft ihr von Gegnern zugemessen wird und warum ihre Führungspflicht trotz allem fortbesteht.

Nein, die Sozialdemokratie muß keineswegs neu anfangen, sondern Niederlagen als den Stachel im Fleisch empfinden, der verdoppelte Anstrengungen auslöst. Es muß ein Ende haben mit den Kapitulantentimmungen, mit der Larmoyanz, die alles versteht und alles verzeiht, mit der zynischen Fröhlichkeit, die noch aus einer Kette schwerster Rückschläge eine unverbindliche Belustigung saugt.

Natürlich gibt es schwierige äußere Bedingungen für die SPD. Sie sind nirgends so klar und verständlich formuliert, wie in der knappen Problemskizze, die Bruno Friedrich und der Bezirk Franken vorgelegt haben. Diese unterscheidet sich besonders durch positive Handlungsanleitungen vom Salonstil, der sonst eingerissen ist und der uns vor lauter wabernder Nachdenklichkeit noch um den klaren Verstand bringen wird.



Es gibt aber auch selbstproduzierte Erschwernisse, die ein gerüttelt Maß zu unserem gegenwärtigen Verlust in der Wählerresonanz beigetragen haben und die objektiven Probleme zu Lasten der Partei ins fast Unerträgliche potenziert haben. Es ist unsere politische Hauptsünde, als Partei in der Verantwortung den objektiv so gar nicht richtigen Eindruck zu erzeugen, nicht mehr zu wissen, was wir wollen. Auch in der Demokratie haben die Bürger den Wunsch und das Recht, auf festen Wegen geführt zu werden. Aus Überlegung und Instinkt verlangen sie Sicherheit. So erklärt sich auch das Mißverhältnis zwischen dem Ansehen Helmut Schmidts, das bisher noch nicht demontiert und zersetzt werden konnte, auf der einen Seite und das der Partei auf der anderen Seite. Es zeigt, daß die SPD trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht da zu stehen braucht, wohin sie abgerutscht ist.

Die SPD muß ihre alten Tugenden neu entdecken.

Dazu gehört Disziplin statt eines chaotischen Individualismus und Egoismus.

Dazu gehört Einheit der Organisation statt des Extrawillens mancher Arbeitsgemeinschaften.

Dazu gehört Solidarität statt der Heimtücke aus Ressentiment à la Gaus.

Dazu gehört nach freimütiger Diskussion das geschlossene Vertreten von Beschlüssen des Bundesparteitages statt der eitlen Unfähigkeit, sich einzuordnen.

Dazu gehört ein wasserdichtes Selbstbewußtsein bei der Durchsetzung des für richtig und notwendig Erkannten, statt des kopfwackelnden Rechtgebens mal hierhin, mal dorthin und der bedeutungsschwangeren Fingerzeige, daß sich außerhalb der Partei das Entscheidende ereigne. Bunte und Konservative sind in ihren Erfolgen Symptome, nicht Retter in einer zum Dramatischen stilisierten Krise.

Dazu gehört Verlässlichkeit zum gegebenen Wort gegenüber einem Koalitionspartner, auch wenn dies angesichts schlechter Sitten nicht nur in Hessen schwerfällt. Dazu gehört Mutmachen statt Angstverstärken.

Litaneien wie diese, so lang und ermüdend sie sein können, sind trotzdem immer noch fortsetzungsfähig, und Kapuzinerpredigten hilfreich, wenn sie nicht aus Überhebung, sondern aus Betroffenheit gehalten werden. Es muß ein Ruck durch die Partei gehen, damit die bevorstehende Wahl in Hessen neue Hoffnungen und Impulse weckt.

Als CDU und CSU 1966 ausgebrannt waren, gab es eine Opposition, die ein Regierungsprogramm hatte und wegen der inhaltlichen Angebote an die Bevölkerung aus eigenem Recht die politische Verantwortung übernahm. In der destruktiven Konsequenz des Sonthofener Appells, den die heutige Opposition mit Gewinn verfolgt, liegt es, daß sie an die Stelle konstruktiver Vorstellungen nur Blut- und Tränenparolen für den Fall einer Regierungsübernahme setzt und damit einen Blankoscheck von der Bevölkerung verlangt. Was damit geschieht, bestimmen sicher nicht die Sozialausschüsse der Union. Vor dieser Situation würde es der SPD als historisches Versagen angerechnet, wenn sie die Verantwortung aus eigenem Zutun verlöre. Eine innere Wende in der Einstellung der Partei ist die einzige Wende, die mir wirklich notwendig erscheint. (-/2.8.1982/ks/rs)

+ + +



Verstoß gegen das Grundgesetz
-----**Der Mißbrauch des Bundesrats als Blockade-Instrument**

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Vorsitzender der bayerischen SPD und der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der Bundesrat ist nach dem Grundgesetz eine Institution des Bundes, über die das föderative Element der Bundesrepublik Deutschland Berücksichtigung finden soll. In seiner Rede von Sonthofen im Jahre 1974 hat der CSU-Vorsitzende Strauß allerdings die Parole ausgegeben, Obstruktionspolitik zu betreiben. Eine Weisung, der sich die anderen unionsregierten Bundesländer immer stärker fügen. Heute wird der Bundesrat von seiner CDU/CSU-Mehrheit - allzu oft unter der Führung der CSU - als Ersatzmehrheit für die Minderheit im Deutschen Bundestag mißbraucht. In unzähligen Fällen blockiert der Bundesrat beziehungsweise seine Mehrheit aus konservativen Länderregierungen die Arbeit des Bundestages.

Die jetzige Rolle des Bundesrates, in die ihn Strauß und seine Kollegen aus den CDU-geführten Ländern getrieben haben, ist ganz sicher nicht mehr die verfassungsmäßig vorgesehene. Die Aufgabe des Bundesrates ist die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes aus der Verantwortung der Länder und nicht aus den Blockade-Interessen der CDU/CSU-Bundestagsminderheit. Diese derzeitige Praxis - dazu gehört auch die zur permanenten Übung gewordene Anrufung des Vermittlungsausschusses ohne Angabe des Anrufungsbegehrens - verstößt gegen das Grundgesetz, sie mißachtet die Verantwortung des Bundestages, des unmittelbar gewählten Parlaments, für die Gesetzgebung, sie führt letztlich den Föderalismus ad absurdum.

Die bayerischen Sozialdemokraten haben sich stets zum Föderalismus bekannt, zur Gliederung der Bundesrepublik in lebenskräftige Länder. Auch die CSU tut dies verbal. Die von ihr praktizierte Obstruktionspolitik gegenüber Bundestag und Bundesregierung, ihre separatistische Politik gegenüber anderen Ländern widerspricht aber völlig dem Wesen des Föderalismus. Immer stärker treten im Bundesrat rein parteipolitische Zielsetzungen der Union vor die eigentlichen Interessen, immer deutlicher und unverhohlener begründet die Unions-Mehrheit im Bundesrat ihre Entscheidungen mit dem Ziel, den Mehrheitswillen des Bundestages zu verhindern.

Das Grundgesetz sieht die Zustimmungsbedürftigkeit eines Gesetzes durch den Bundesrat an sich als Ausnahme vor. Die Unionsländer haben sie zur Regel erhoben, selbst dort, wo der Bundesrat allenfalls zu den Regelungen des Verwaltungsverfahrens zustimmen mußte. Das eklatanteste Beispiel dafür ist die Behandlung der Ostverträge. Vor der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition hat die Union zu keiner Zeit und keiner Gelegenheit behauptet, daß Vertragsgesetze mit ähnlichem Inhalt, wie ihn die Ostverträge haben - etwa der NATO-Vertrag, das Saar-Statut oder der Vertrag über die Deutsch-Französischen Beziehungen - zustimmungsbedürftig sind.

Seit 1972 ist die Zahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses sprunghaft gestiegen. War dies von 1969 bis 1972 nur 31 mal der Fall, so rief der Bundesrat von 1972 bis 1976 96 mal und von 1976 bis 1980 69 mal den Bundesrat an. Vor allem im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 versuchte die Union unter dem Kanzlerkandidaten Strauß, den Bundesrat als Instrument der Obstruktion einzusetzen. Wichtige vom Bundestag beschlossene Gesetze wurden auf diesem Wege blockiert:



- Das Verkehrslärmgesetz,
- das Künstler-Sozialversicherungsgesetz,
- das Strafrechtsänderungsgesetz (Strafaussetzung bei lebenslänglicher Freiheitsstrafe, Paragraph 88a StGB),
- das Staatshaftungsgesetz,
- das Jugendhilfegesetz,
- das Strafvollzugsfortentwicklungsgesetz,
- das Änderungsgesetz zum Krankenhausfinanzierungsgesetz,
- die Neuordnung des Betäubungsmittelrechts,
- die Wohngeldnovelle,
- das Volkszählungsgesetz und
- das Änderungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz.

Auch nach seiner klaren Niederlage als Kanzler-Kandidat ist das Streben von Strauß weiterhin nach Bonn gerichtet. Das bedeutet: Er wird die Blockadepolitik im Bundesrat fortsetzen, und die anderen unionsregierten Länder werden die Sonthofer Obstruktionsparole weiterhin aufnehmen und zur Leitlinie machen. Als Beweis dafür steht das destruktive Verhalten von CDU und CSU im Bundesrat gegenüber dem Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung.

Wir fordern Strauß und seine Partei auf, den Mißbrauch des Bundesrates als Blockade-Instrument für den Bundestag zu beenden, denn diese Politik bringt den Föderalismus in Gefahr. In unserem Programm für die Landtagswahl 1982 haben wir formuliert:

"Bayern hat seine Eigenständigkeit bis heute bewahrt und betont. Daran haben die bayerischen Sozialdemokraten, die älteste demokratische Kraft in Bayern, einen entscheidenden Anteil. Wir bekennen uns auch heute zur Eigenständigkeit Bayerns und zum Föderalismus. Föderalismus darf allerdings nicht zu einer separatistischen Politik gegenüber anderen Ländern oder zu einer Obstruktionspolitik gegenüber dem Bund führen, wie es die CSU und die von ihr getragene Staatsregierung immer wieder vorführen."
(-/2.8.1982/ks/rs)

+ + +



USA verschärfen Konflikte in Mittelamerika

Europäer müssen auf Verhandlungen und friedliche Lösungen drängen

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul

Mitglied des Europäischen Parlaments

Mit einem Zug, dessen Lokomotive in Gefahr ist zu entgleisen, hat jüngst einer der einflußreichsten Politiker Panamas die Situation in der Region Mittelamerika verglichen. Und in der Tat: Die Politik der US-Regierung in dieser Region, die ich im Juni selbst besuchte, verschärft gerade in der letzten Zeit die vorhandenen Konflikte in einem Ausmaß, daß unversehens die ganze Region in Flammen stehen könnte.

Diese Verschärfung der Konflikte zeichnete sich bereits ab, als die US-Regierung die Vorbedingungen für Verhandlungen mit Nicaragua in unerreichbare Höhen schraubte und nachträglich auf eine mexikanische Vermittlerrolle bei solchen Gesprächen verzichtete.

Sie wurde noch deutlicher, als militärische Destabilisierungspläne und -aktionen der USA gegenüber Nicaragua bekannt wurden. Und sie kulminierte in einem inneren Entwicklungsprozeß in Honduras, der von der US-Regierung beeinflußt und gesteuert wurde, dessen "äußeres" Ziel nur sein konnte, die Konflikte Honduras' mit Nicaragua stärker anzufachen. Die Konsequenzen werden jetzt sichtbar: Offene militärische Angriffe hondurenischer Truppen auf nicaraguenisches Territorium und Einrichtungen.

Diese Entwicklung in der Region wurde von den USA beeinflußt, wenn nicht gar angestiftet. Denn ansonsten ist die Tendenz zwischen den Ländern der Region eher gewachsen, Probleme selbst in bilateralen und multilateralen Gesprächen untereinander friedlich klären zu wollen.

So hatten zum Beispiel in der sogenannten "Lateinamerika-Erklärung" von San Jose - die aus Anlaß der Amtseinführung des costaricanischen Staatspräsidenten Luis Alberto Monges abgegeben wurde - sieben Regierungen der Region: Costa Rica, Nicaragua, Panama, Kolumbien, Belize und Venezuela sich für die Entwicklung eines friedlichen Konfliktlösungsmechanismus in Mittelamerika durch Konsultationen und Gespräche ausgesprochen.

Die explosive Verschärfung der Situation durch die USA ist keine Reaktion auf "eine kubanische Verschwörung", wie die US-Regierung glauben machen will. Kuba hat ein Interesse an Verhandlungslösungen in der Region, sei es für die Situation in El



Salvador, sei es für die Konflikte der USA in Nicaragua. Kuba kann - in seinem wohlverstandenen eigenen wirtschaftlichen Interesse - auch kein Interesse am Anheizen einer Auseinandersetzung mit den USA haben. Aus meiner Sicht hat das Verhalten der US-Regierung vielmehr folgende Hintergründe:

- Die Strategie der USA, durch "Wahlen" in El Salvador ihre eigene bisherige Politik bestätigen und stabilisieren zu lassen, ist gescheitert. Die Regierung Magana sitzt in einer Falle der Bewegungslosigkeit. Statt dessen ging die FMLN gestärkt aus ihrer jüngsten militärischen Offensive hervor. Im gleichen Maßstab wuchs die Differenzierung in den salvadorensischen Streitkräften, was einen erneuten Staatsstreich jüngerer, reformorientierter Offiziere denkbar macht. Die USA fürchten sich auf der Verliererstraße und reagieren wie gehabt: Militärisch statt politisch. Und zwar indem sie signalisieren, sie könnten Nicaragua "als Geisel nehmen".
- Nachdem die US-Regierung in Lateinamerika insgesamt aufgrund des Malvinenkonfliktes an Unterstützung verloren hat, reagiert sie jetzt panisch auf den Verlust von Einfluß in der Region, die ihr immer als ihr "Einflußgebiet" galt. Wobei ersichtlich wird: Militärische Helfershelfer sind ersetzbar. Nach dem Rückzug argentinischer Militärs aus Mittelamerika greifen die USA auf andere "Bündnispartner" zurück.
- Die US-Regierung könnte sich verstärkt sehen in ihrer Haltung durch die Tatsache, daß das Land, das sich bisher als wichtigste "Countervailing Power" für die Region Mittelamerikas gezeigt hat: Mexiko, sich aufgrund mehrerer Ursachen (Präsidentenwechsel, zunehmende innere wirtschaftliche Probleme) in einer Überprüfung seiner bisherigen Außenpolitik befindet.

Während alle Welt gebannt auf die schrecklichen Vorgänge im Nahen Osten starrt, könnte so unversehens die US-Politik in Mittelamerika wie ein Funke wirken, der die Explosion der Region in Gang setzt. Die Europäer dürfen einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zusehen. In bilateralen Gesprächen der europäischen Regierungen, auch von Seiten der EG-Regierungen im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit (EPZ) sollte gegenüber der US-Regierung ein Haltesignal aufgezo-gen werden.

Die Europäer sollten notfalls zusammen mit anderen besonnenen Regierungen Mittelamerikas auch den Weg zu internationalen Foren, wie der UNO, nicht scheuen, um Einhalt zu gebieten, so lange noch Zeit dazu ist. Wie schwierig auch immer es sein mag: Das Ziel muß sein, der US-Regierung klarzumachen, daß nur eine Verhandlungslösung und Reformen in El Salvador aus der mörderischen Sackgasse führen können und daß die US-Regierung alle Versuche der Destabilisierung oder gar der militärischen Aktionen gegenüber Nicaragua zugunsten von Gesprächen mit der Junta Nicaraguas beenden muß. Dabei sollten die Europäer auf eine Verwirklichung der in der Region vorhandenen "Entspannungspläne" dringen.

Der geplante Empfang des ranghöchsten politischen Repräsentanten der nicaraguanischen Regierung Daniel Ortega durch Helmut Schmidt könnte ein Signal an die US-Adresse setzen - wenn es dann nicht schon zu spät ist.

Die westeuropäischen Staaten, allen voran die Bundesrepublik, sollte aktivere politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba entwickeln, als das bisher der Fall ist. Es steht außer Zweifel, daß Kuba eine bedeutende Rolle in der Region spielt.

Die Europäische Gemeinschaft sollte ein deutliches politisches Signal setzen, indem sie das geplante wirtschaftliche Sonderprogramm für Mittelamerika nicht mehr länger verzögert. Der Regierung Honduras muß dabei klar werden, daß die bisherigen Aktionen des Landes gegenüber Nicaragua, die eine gezielte Destabilisierung der Region zur Konsequenz haben, unverträglich sind mit einer EG-Aktion, die auf politische und wirtschaftliche Stabilisierung durch umfassende Reformen zielt. (-/2.8.1982/ks/rs)

+ + +



Hochschulkapazitäten besser nutzen

Breite Diskussion soll die Handlungs-Phantasie anregen

Von Hans Wallow MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft

Zur Lage an den Hochschulen: Im Jahre 1981 studierten an 229 Hochschulen der Bundesrepublik, während nur 131 Vorlesungstagen, cirka eine Million Studenten. Sie wurden in diesem Zeitraum von ungefähr 110.000 Dozenten betreut. Das Verhältnis von Dozent zu Student war 1980 1:30, während es 1960 mit 1:53 angenommen wird. Im Zusammenhang mit Artikel 12 des Grundgesetzes weist die Belegung der Fächer und Hochschulen große Unterschiede auf. So sind zum Beispiel die Hochschulen in Bielefeld und Konstanz stark unterbelegt. Während traditionelle Hochschulstandorte nach dem gegenwärtigen Belegungssystem als Überbelastet angesehen werden können. Allerdings konnte ich auch hier bei Besuchen morgens und abends nur eine schwache Nutzung der Raumkapazität feststellen. Meine Beobachtungen stehen im Einklang mit einer Untersuchung von Raumkapazitäten der Hochschulen in Niedersachsen. Dort wurden insbesondere bei Hörsälen und Büroräumen Überkapazitäten festgestellt, während Mangel an individuellen Arbeitsplätzen für Studenten bestand.

Legt man das gegenwärtige Übergangsverhalten von den Oberschulen zur Universität zugrunde, wird, bedingt durch die geburtenstarken Jahrgänge, die Zahl der Studenten auf 1,3 Millionen ansteigen, um dann zwischen 1991 und 1993 auf das Niveau von 1980 zurückzufallen. Im Jahre 1999 kann es dann bei gegenwärtigem Übergangsverhalten und gleichbleibendem Belegungssystem zu einer Unterbelegung kommen.

Es erscheint mir deshalb sehr zweifelhaft, ob die von den Ländern für den 11./12. Rahmenplan angemeldeten Vorhabenvolumen den notwendigen Erfordernissen durch die Höchstbelastung in den nächsten Jahren Rechnung tragen. Ich berücksichtige dabei, daß noch nicht begonnene Investitionsvorhaben des 12. Rahmenplans frühestens zwischen 1983 und 1985 begonnen werden können. Sie werden somit erst cirka 1990 zu einem Zeitpunkt wirksam, zu dem die Jahrgangsstärken der Studienberechtigten die Zahl von 1980 unterschreitet. Daher kann bei Beachtung der Zeitperspektive die Erhöhung der Zahl der Studienplätze bei der Investitionsentscheidung der 80er Jahre kein vorrangiges Motiv mehr sein.

Vielmehr erscheint es jetzt dringend geboten, durch innere Reformen eine bessere Raumausnutzung zu organisieren. Dabei geht es vor allem darum, das Lehrangebot

- am Tage
- in der Woche
- und im Jahr

zu erweitern. Dazu habe ich einige Vorschläge für die Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft in der SPD-Fraktion vorbereitet. Es ist notwendig, daß durch die Eröffnung der Diskussion zu diesem Thema noch weitere Gestaltungsvorschläge hinzukommen, die zu einer besseren Nutzung der vorhandenen Hochschulkapazitäten im Interesse der Studenten führen. Trotz des absehbaren Widerstands der Professoren darf es nicht zu Schuldzuweisungen an Gruppen oder Institutionen kommen. Vielmehr müssen zur Lösung der anstehenden Probleme alle Betroffenen und Beteiligten zu mehr Handlungsphantasie angeregt werden.

In den Fächern Medizin, Biologie, Chemie und so weiter gibt es in den Semesterferien bereits Blockpraktika. Dies ist kein Gegenargument, sondern ein Beweis dafür, daß auch in der Mehrzahl der Studienfächer eine bessere Raumausnutzung möglich ist.

(-/2.8.1982/ks/rs)

+ + +

